

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Beleg und Anzeigenabteilung: Geschäftstg 8-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beginn in Locarno.

Eröffnung der Konferenz 11 Uhr vormittags. — Keine Wiederaufrollung der Kriegsschuldfrage.

V. Sch. Locarno, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Konferenz von Locarno ist heute vormittag um 11 Uhr eröffnet worden. Die erste Sitzung findet nicht öffentlich statt, nur die Beteiligten dürfen das Konferenzgebäude betreten. Der Bürgermeister von Locarno hielt die versammelten Staatsmänner in einer Ansprache willkommen. Man war schon vorher dahin übereingekommen, daß Chamberlain den Vorsitz während der Konferenz führen würde, doch trägt diese Stellungnahme keinen offiziellen Charakter, sondern trägt lediglich dazu bei, die Geschäftsführung zu erleichtern. Ueberhaupt ist zwischen den Staaten vereinbart worden, die Konferenz so inoffiziell wie nur möglich zu gestalten. Im Gegensatz zu den Konferenzen von Spaas, Genua und London wurden keine Eröffnungsansprachen gehalten.

Ein Aufsatz des Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung“ vom Sonntag hat hier in den Kreisen, denen er durch drohliche Uebersetzung bekannt wurde, nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Die in diesem Aufsatz enthaltene Behauptung, die deutsche Delegation werde zu Beginn der Konferenz die Kriegsschuldfrage nochmals aufrollen, ist vollkommen falsch. Man denkt hier nicht daran, die schwierigen Verhandlungen der Konferenz durch ihre Verquickung mit einer nochmaligen Diskussion über diese historische Frage noch mehr zu erschweren. Formell dürfte sich nicht einmal eine Gelegenheit dazu ergeben, die Verhandlungen mit irgend-einer feierlichen Deklaration zu eröffnen, da beabsichtigt ist, ohne besondere Formalitäten nach erfolgter Konstituierung am heutigen Nachmittag schon in die sachliche Beratung einzutreten. Man legt auf Zeremonien und Feierlichkeiten hier überhaupt wenig Gewicht. Darum hat man sich über die Frage, wer den Vorsitz in der Konferenz führen soll, auch nicht sonderlich den Kopf zerbrochen. Zunächst ist vereinbart, daß der englische Außenminister Chamberlain den Vorsitz übernehmen soll, dann wird er wahrscheinlich in der Reihe herangehen.

Die Stimmung der deutschen Delegation scheint keineswegs pessimistisch. Offenbar glaubt man, die Opposition daheim nicht allzu tragisch nehmen zu müssen. Immerhin hatten Luther und Stresemann, wie schon gemeldet, den Zug in Bellinzona verlassen und sich per Auto nach Locarno begeben, weil auf Grund gewisser Nachrichten mit der Möglichkeit eines aktiven Hervortretens völkischer Fanatiker gerechnet wurde. (Es handelt sich dabei nicht nur um Drohbriefe, wie sie bei solchen Gelegenheiten zahlreich einzulaufen pflegen.) Aus dem gleichen Grunde waren auch die Bahnhöfe, auf denen der Zug der deutschen Delegation hielt, polizeilich abgesperrt.

Die deutsche Delegation ist von mehreren Kriminalbeamten begleitet, die vom Kriminaloberkommissar Weigel geführt werden.

Erklärungen Luthers und Stresemanns.

Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann empfingen Sonntag vormittag im Hotel Eplanade die Vertreter der Presse. Reichskanzler Luther betonte, daß die Konferenz vielleicht entscheidend für die Erreichung eines endgültigen Friedens werden könne. Bis jetzt bestünden noch große Schwierigkeiten, die durch die Forderung der Alliierten auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bezeichnet würden. Das Bestreben, den westlichen Garantiepakt und die östlichen Schiedsgerichtsverträge miteinander zu verbinden, werde weiterhin erschwerend auf die Verhandlungen wirken. Doch habe Deutschland diese Forderung angenommen und sei trotz seiner schwierigen Lage, in der es sich durch Befestigung und Entloftung befindet, bereit, an jeder „tragbaren“ Lösung mitzuarbeiten.

Reichsaussenminister Stresemann äußerte sich über seine mit Tschischerin geführten Verhandlungen. Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages bedeute keine Demonstration gegen Locarno, sondern stelle lediglich den Abschluß zweijähriger Verhandlungen dar. Nach Ansicht Stresemanns hat das deutsch-russische Handelsabkommen als erster Vertrag, der zwischen einem Staat mit einer Privatwirtschaft und einem Staat mit einem staatlichen Ausfuhrmonopol abgeschlossen wurde, grundsätzliche Bedeutung. Deshalb werde dieser Vertrag als Mittel für andere dienen; das Zustandekommen dieses Vertrages beweise, daß der Weg nach Rußland offen bleibe, was aber keineswegs bedeute, daß die deutsche Regierung Gegenstände zwischen West und Ost konstruieren wolle.

An die deutschen Journalisten richtete Stresemann die Bitte, Erörterungen über die Kriegsschuldfrage in der deutschen Presse zu unterlassen, da diese geeignet seien, den Verhandlungen in Locarno zu schaden (was von deutschen Regierungserklärungen zur Kriegsschuldfrage wohl nicht gilt — welche Selbststärkung! Red. d. B.)

Während des folgenden Empfangs nicht reichsdeutscher Journalisten wiederholte Luther im wesentlichen seine Erklärungen und dankte der Schweizer Regierung für ihre Gastfreundschaft. Stresemann betonte nochmals, daß seine Disposition dem Westen keinen Kiesel vorsetze. Europa dürfe aber nicht vergessen, daß Ruß-

land stets ein bedeutender Faktor in der internationalen Politik bleiben werde. Das Ziel deutscher Politik bleibe die Konsolidierung Europas, das keine Sanktionen, Repressalien und Kriegsdrohung mehr kennen dürfe. Der großeuropäische Gedanke müsse über dieser Konferenz in Locarno schweben. Auf die Frage, ob die Konferenz als eine Vorkonferenz zu betrachten sei, antwortete Stresemann, daß letzten Endes alles von den Verhandlungen abhänge. Wenn man aber Einverständnis erziele, seien endgültige Beschlüsse möglich.

Presseempfang Briands und Chamberlains.

Sonntag nachmittag 6 Uhr empfing Briand die französische Presse und entwickelte ihr die Richtlinien der französischen Delegation. Er erklärte, daß er mit dem ehrlichen und festen Willen gekommen sei, einen Frieden zu schließen, dessen Europa und die ganze Welt so dringend bedürften. Er sprach die feste Hoffnung aus, daß die Konferenz von Locarno zu einem guten Ende führen werde.

Um 6 1/2 Uhr empfing Chamberlain die englische Presse. Auch er unterstrich den ehrlichen und festen Willen der britischen Regierung, die von dem glücklichen Ausgang der Konferenz von Locarno das Heil für die Völker Europas erhoffe. England werde mit allem Nachdruck dafür einreten, daß auf der Konferenz die ehemaligen Alliierten und Deutschland auf dem Fuß der völligen Gleichberechtigung verhandeln würden.

Der englische Außenminister schloß: „Laßt die Toten ihre Toten begraben“, daß wir zu einer glücklichen Zukunft gelangen und unsere Nachkommen die Schrecken des Krieges nie wieder erfahren.

Interessant waren einzelne Antworten Chamberlains auf Anfragen, die von Vertretern der Presse gestellt wurden. So erklärte er auf eine diesbezügliche Anfrage, daß er in der Ankündigung der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages kein Hindernis für ein gedeihliches Zusammenwirken auf der Konferenz von Locarno erblicke. Es sei dem Frieden ein Dienst erwiesen durch die Erklärungen, die Stresemann gestern über diesen Punkt der Presse gegeben hätte.

Chamberlain hatte während seiner Ausführungen nur von fünf Mächten gesprochen. Er wurde gefragt, ob nicht noch andere Mächte hinzukommen würden. Er bejahte dies insofern, als er sagte, es würde wohl noch ein Zeitpunkt kommen, wo die Arbeit auf der Konferenz auch die Interessen anderer Staaten berühren würde.

Im übrigen ist der Bürgermeister von Locarno all diesen Erörterungen zuvorgekommen, indem er auf das Konferenzgebäude neben den Fahnen der fünf Hauptmächte bereits die Flaggen der Tschechoslowakei und Polen hat hissen lassen.

Erste vertrauliche Besprechungen.

Die deutsche Delegation hat am Sonntagabend den offiziellen Verkehr mit den alliierten Delegationen durch Kartenübergabe aufgenommen. Die alliierten Minister hatten am Sonntagnachmittag die erste vertrauliche Besprechung. Öffentliche Sitzungen der Konferenz sind vorläufig nicht vorgesehen. Die Presse bleibt auf offizielle Mitteilungen und private Informationen angewiesen. Durch ihr gemeinsames Friedensbedürfnis seien alle miteinander vereint. Keiner werde dulden, daß Vergangenes störend eingreife.

Warnungen der englischen Presse.

London, 5. Oktober. (W.T.B.) Anlässlich der heutigen Eröffnung der Konferenz von Locarno bringen die Morgenblätter lange Aufsätze über die Aussichten der Konferenz. Der Ton ist der eines gemäßigten Optimismus.

„Daily News“ sagt, trotz aller Schwierigkeiten sei die Stimmung in britischen diplomatischen Kreisen hoffnungsvoll. Verschiedene Blätter, wie „Daily Telegraph“, „Morning Post“ und „Westminster Gazette“ sind beunruhigt wegen der Möglichkeit, daß Deutschland versuchen könnte, die Frage der Kriegsschuld aufs Tapet zu bringen.

„Morning Post“ sagt, die einzige Folge davon würde sein, ernste Zweifel bezüglich der Ehrlichkeit der deutschen Regierung zu erregen.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel: Die deutsche Regierung hat leider schädliche Zugeständnisse an den chauvinistischen Geist in Deutschland gemacht, aber Stresemann ist zweifellos überzeugt, daß der Erfolg des Vorkonferenznehmens von ausschlaggebender Bedeutung für Deutschlands Stellung in der Welt und besonders für die Eröffnung der Quellen internationalen Kredits ist, dessen die deutsche Wirtschaft so dringend bedarf. Stresemann spielt in der deutschen Politik ein Spiel, das voll von Schwierigkeiten und vielleicht von persönlicher Gefahr für ihn selbst ist. Schon allein aus diesem Grunde kann nicht erwartet werden, daß die Verhandlungen einen leichten und sicheren Fortgang nehmen werden und wenn irgendetwas als sicher erwartet werden kann, ist es das, daß irgendein Ergebnis, das ehrliche Freunde des Friedens als befriedigend erachten würden, die Sprünge einer kurzen und entschlossenen Opposition in Deutschland nicht passieren müssen, bis das Ratifikationsgesetz darunter gesetzt werden kann.

Tagesbefehl nach Locarno.

Westarp befehlt eine neue Kriegsschulderklärung.

In der „Kreuzzeitung“ und bezeichnender Weise auch in der völkisch-radikalen „Deutschen Zeitung“ vom Sonntag veröffentlicht der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, einen Aufsatz, in dem er u. a. erklärt:

Da in Locarno der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, von dem ja auch der Sicherheitspakt abhängig gemacht ist, im Vordergrund der Erörterungen stehen wird, so ist der Sinn der gestrigen Ankündigung (gemeint ist die deutsche hatbamtsliche Erklärung am letzten Freitag, Red. d. B.), daß nunmehr geschehen wird, was von Anfang an nicht verlangt worden war und erst durch die ausländischen Antworten nötig geworden ist:

In Locarno wird die deutsche Regierung den Widerruf des Schuldbekennnisses erneut aufrecht erhalten und dadurch zum Gegenstande der Besprechung machen. Da der Widerruf eine der Voraussetzungen für die deutsche Gleichberechtigung ist, wird das an die Spitze der Erörterungen zu stellen, wirkungsvoll zu gestalten und in klarer und kraftvoller Form öffentlich bekanntzugeben sein.

Daß von solchen Absichten in Locarno selbst nicht das geringste bekannt war, geht aus unseren, an anderer Stelle wiedergegebenen Meldungen aus Locarno klar hervor. Die Erklärung vom Freitag ist bekanntlich nach der Abreise Luthers und Stresemanns nach Locarno veröffentlicht worden, und wir haben sofort die Frage aufgeworfen, ob die Veröffentlichung noch in Anwesenheit dieser beiden verantwortlichen Männer beschlossen worden sei. Diese Frage ist bejaht worden. Nun aber ergibt sich, daß zum mindesten über den Sinn — oder Unsinn — dieser Erklärung zwischen dem Chef der Regierung und dem Chef der größten Regierungspartei erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Nach der Darstellung des Grafen Westarp soll die neue Aktion in der Kriegsschuldfrage notwendig geworden sein, weil die Antworten auf das deutsche Memorandum zu abweisend und unhöflich ausgefallen seien. Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser Antworten erklärte sich aber die deutschnationale Presse für zufriedengestellt: „nur Rindslöpfe“, so konnte man damals dort lesen, hätten etwas anderes erwarten dürfen. Es war die sozialdemokratische und die demokratische Presse, die sofort der Sache die Schellen umhängten und den wahren Charakter der Antworten signalisierten.

Jetzt auf einmal findet die deutschnationale Presse diese Antworten so unerhört, daß unbedingt etwas gegen sie geschehen müsse. Die „Tägliche Rundschau“, die das Organ Stresemanns ist, wenigstens wenn der Minister in Berlin weil, geht zwar nicht so weit, eine neue Aktion zu fordern, findet aber jetzt auf einmal auch die Sprache der Antworten „unerhört scharf und gereizt“.

Damit ist auf der ganzen Linie eine Schwenkung eingetreten. Es wird jetzt zugegeben, daß sich die deutsche Regierung mit ihrer mißglückten Aktion, vor der sie jeder Verständige gewarnt hatte, eine Abfuhr geholt hat. Ein ganz unerlaubtes Manöver vollzieht aber die Reichspresse, wenn sie die Dinge so darstellt, als empfänden wir über diese Abfuhr schadenfrohe Genugtuung. Der als Stillkünstler bekannte Graf Westarp spricht in diesem Zusammenhang sogar von „Burzelbäumen, die lächerlich sein würden, wenn sie nicht verbrecherisch sein würden“. Ganz abgesehen von der Frage, ob ein Burzelbaum ein Verbrechen sein kann, finden wir, daß die Burzelbäume ganz wo anders geschlagen werden. Unser aufrichtiges Bestreben war, die deutsche Außenpolitik vor den Egzessen der deutschnationalen Kinderstube zu bewahren. Darum haben wir eben gewarnt und warnen wir weiter.

Der unangebrachte knobderige Ton der englischen Antwort ist im „Vorwärts“ schon zurückgelassen worden, als sich die deutschnationale Presse noch trampfhaft bemühte, so zu tun, als regnete es, wenn gespuckt wird. Diese Presse ist also in keiner Weise berufen, andern über die „Wahrung der nationalen Würde“ Belehrungen zu erteilen. Sachlich bleiben wir dabei, daß die ganze Kriegsschuldaktion in diesem Augenblick nur innerpolitischen, parteigegnerischen Bedürfnissen entspringt und daß sie Deutschland weder Ehre noch Nutzen bringen kann. Wir haben gewarnt und warnen wir weiter.

Erfurt, 5. Oktober. (T.U.) Der erweiterte Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei Landesverband Thüringen, verstärkt durch zahlreich anwesende Parteimitglieder des Wahlkreises, hat in der Tagung vom 4. Oktober 1925 zu Erfurt nach eingehender Berichterstattung durch die Reichstagsabgeordneten Graef und Dr. Schneider deren Verhalten in der Fraktion voll gebilligt und denen volles Vertrauen ausgesprochen wurde, nachstehende Entschliessung gefaßt:

„Nachdem durch das Memorandum vom 9. Februar 1925 der Reichsaussenminister Dr. Stresemann die unter Teilnahme unse-

Partei gebildete Reichsregierung vor eine vollendete Tatsache und damit für Behandlung der Fragen Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerbund eine formale Zwangslage geschaffen hat, anerkennen wir den guten Willen unserer Fraktion, diese außenpolitischen Aktionen im Sinne nationaler Grundzüge zu beeinflussen. Bedauern müssen wir aber, daß die Stellungnahme der Feind- und Regierungen zur Verbalnote, betreffend Widerruf der Kriegsschuldfrage nicht unzweifelhaft die gebührende Zurückweisung erfahren hat. Wir erwarten nunmehr, daß bei Weiterverfolgung dieser Linie unsere Fraktion noch mehr als bisher ihren Einfluß ausüben wird, ein Ergebnis der deutschen Außenpolitik zu verhindern, das der Ehre und den Lebensinteressen des Vaterlandes Eintrag tut. Als solches Ergebnis würden wir Abmachungen mit den Feinden ansehen müssen, durch die oder vor deren Abschluß nicht folgende Mindestforderungen erfüllt werden:

1. Rücknahme des Verfallener Schuldbeitrages gegenüber allen Signatarmächten.
2. Ein Verzicht auf deutsches Land darf nicht ausgesprochen werden, weder direkt noch indirekt.
3. Vertragliches Zugeständnis der in der deutschen Note vom 20. Juli 1925 vorbehaltenen Forderungen.
4. Räumung der Kölner Zone und vertragliche Regelung der Entwaffnungsfrage.
5. Die Abrüstungskontrolle über Deutschland ist einzustellen, die Einleitung der im Versailler Vertrag vorgesehenen allgemeinen Abrüstung vertraglich zu sichern.
6. Deutschland wird von den Bestimmungen des § 16 des Völkerbundstatuts vertraglich entbunden.
7. Einstellung der von französischen und belgischen Kriegsverurteilungen auf deutschem Boden geübten Schandjustiz und Befreiung ihrer Opfer.

Jedes Abweichen von diesem Mindestprogramm würde für unser nationales Leben Untragbarkeit des Sicherheitspaktes und eines Völkerbundabkommens bedeuten. Eine weitere Mitarbeit unserer Fraktion würde damit unmöglich werden. Wir erwarten von unserer Reichstagsfraktion, daß sie die Entwicklung dieser Aktion mit äußerster Wachsamkeit verfolgen, bei Überschreitung der vorstehend gestellten Grenzen den äußersten Widerstand leisten ohne Rücksicht auf Regierungskrisen und bei nationalen Versagen von Regierung und Reichstagsmehrheit den Appell an das deutsche Volk betreiben wird.

Der Krach in der KPD.

Abfägung der Berliner Bezirksleitung.

Die von Moskau desinfinzierte Zentrale der Kommunistischen Partei bedient sich im Kampfe gegen die nicht reiflos unterwerfungsbereite Berliner Bezirksleitung der Zellenobleute und Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner KPD. Eine Versammlung dieser Vertrauensleute hat mit Zustimmung der Zentrale mit 500 gegen 30 Stimmen eine außerordentlich scharfe Resolution gegen die Berliner Bezirksleitung angenommen. Darin wird die Abfägung der Berliner linken Bezirksleitung gefordert:

„Die jetzige Bezirksleitung, die durch ihre schwankende Haltung gegenüber dem Brief der Exekutive, die durch ihr weiteres Verbleiben der von der Exekutive scharf verurteilten Ruth Fischer-Moslow-Tendenzen und durch ihre zweideutige Stellung gegenüber den ultralinken Tendenzen nicht imstande ist, die Berliner Organisation auf der Linie der Komintern zusammenzuführen, muß so schnell wie möglich durch die Wahl einer neuen, vorbehaltlos auf dem Boden der Komintern stehenden Bezirksleitung, in der die in den Betrieben und Gewerkschaften vermurzelten Genossen entscheidenden Einfluß besitzen, ersetzt werden.“

Die Abfägung erfolgt auf den Verdacht hin, daß die Berliner Bezirksleitung gemeinsam mit der Moslow-Gruppe und der Gruppe Schölem zum Widerstand gegen die Exekutive rüstet. Die Zentrale der KPD beschuldigt sie:

„Während die Mitgliedschaft sich immer enger um die Komintern zusammenschließt und die ultralinken Tendenzen entschieden

ablehnt, sieht es so aus, als ob ein Teil der verantwortlichen Berliner Genossen dem sich vollziehenden Bündnis zwischen den Ultralinken und der Gruppe Ruth Fischer-Moslow ruhig zuseht und zum Teil selbst diese Entwicklung unterstützt.“

In der Berliner Organisation der KPD. vollzieht sich also ein erbitterter Machtkampf. Die Methode der Zentrale in diesem Kampf kommt fast einer Auflösung der Berliner Organisation der KPD. in der bisherigen Form gleich. Die „Demokratisierung der Kommunistischen Partei“ besteht darin, daß die Leitung diktatorisch Teile der Organisation benützt, um unbecueme Instanzen abzulösen. Die Diktatur von oben bleibt — es wechseln nur die Diktatoren auf Befehl von Moskau.

Beamtenprotest gegen Schlieben.

Stürmische Versammlung des Deutschen Beamtenbundes.

Am Sonntag tagte im „Admiralpalast“ eine von mehreren tausend Mitgliedern des Deutschen Beamtenbundes, Provinzialrat Berlin, besuchte Protestversammlung, die sich mit der Gehaltspolitik des Reichsfinanzministers v. Schlieben beschäftigte. Der Referent Rausch zerstückte in sachlich wirkungsvoller Rede die Argumente, die Herr v. Schlieben auf „Befehl der Herren von der Wirtschaft“ gegen eine Besserstellung der Beamten ins Treffen führte. Die lebhaft wiederholte Zustimmung der Versammelten und die für den Reichsfinanzminister wenig schmeichelhaften Ironieausbrüche zeigten, daß die Geduld der Beamenschaft zu Ende ist. Auch die wenigen Diskussionsredner gaben unter stürmischem Beifall ihrer Empörung über diese Art der „Pferdekur“ Schliebens Ausdruck.

Die interessantesten Momente brachte der Schluß der Versammlung: Richard Kunze wollte als „erster Reichstagsabgeordneter“ sprechen. Der Leiter der Versammlung, der sicher nicht wußte, daß Knippel-Kunze diesmal nicht die Ehre hat, den Reichstag zu gieren, erteilte ihm auch das Wort. Zischen, Pfeifen und Pfurze ertönten, als Knippel-Kunze zu sprechen begann. Aus der Mitte des Saales wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Kunze gar kein Reichstagsabgeordneter ist. Er mußte darauf, unter Händeklatschen der Versammlung, vom Rednerpult wegstreten. Jetzt verlangte die Versammlung, daß der Genosse Steinopf das Wort nehme. In kurzer, aber von stürmischem Beifall begleiteter Rede zeigte unser Genosse, welche Partein die Beamten nur als Stimmvieh benutzen und welche Partein für die Beamten kämpfen.

Als dann der Reichstagsabgeordnete Bierath von der KPD. sprechen wollte, scholl ihm entgegen: „Wir haben von der kommunistischen Politik nun genug.“ Die Abgeordneten Marecki und Eberbach von der Deutschnationalen Landtagsfraktion sahen mit pureroten Köpfen in der „Abgeordnetenloge“ des Versammlungsraumes und wagten nicht zu reden. Das stürmische Verlangen der Versammlung, die Abgeordneten Morath, Schmidt (Stettin) und Laverenz möchten ihre Beamtenpolitik rechtfertigen, konnte leider nicht erfüllt werden, da diese Herren vorsichtigerweise nicht gekommen waren.

Am bezeichnendsten für die große Erbitterung in der Beamenschaft war die Beschlusfassung: wie die fast schlichtern maßvolle Resolution, welche die Bundesleitung eintrachte, sofort verworfen wurde, als Egner-Neudlin seine kurze, fräftige, undipsonatisch das Kind beim Namen nennende Resolution einbrachte, die in der Stimmung der Protestversammlung selbst entstanden ist:

„Die am 4. Oktober 1925 versammelten Mitglieder des Provinzialrats Berlin des Deutschen Beamtenbundes rufen ihre tiefste Erbitterung und heftige Empörung in die Ohren des Reichsfinanzministers, daß er die „grausame Pferdekur“ der Beamtenverehrung weiter aufrechterhalten will, auf Befehl einer übermächtigen Wirtschaft!“

Wir fordern, daß auch diese sich der Staatsnotwendigkeit des „gleichen Rechtes für alle“ auf Grund des Art. 151 der Reichsverfassung füge und das Gesamtwohl nicht weiter durch Selbstbegünstigung gefährde. Die Versammlung hält jedes weitere Wort zur Sache für entbehrlich!“

Diese Resolution wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Mörder-Gesellschaft.

Verhaftung des Frh. v. Senden. — Ein weiterer Feme- mord in Spandau?

Nachdem laut amtlicher Mitteilung der Feme mord an dem Schützen Pannier reiflos aufgelöst ist und sämtliche Täter verhaftet sind, können über die Personen der Täter und den Mord selbst nähere Einzelheiten mitgeteilt werden, über die bisher im Interesse der polizeilichen Ermittlungen Stillschweigen beobachtet werden mußte.

Der Schütze Pannier gehörte zur Maschinengewehrabteilung des „Schwarzen Reichwehr“-Regiments v. Senden, die im Elstal an der Straße Döberitz-Bustermark seinerzeit einquartiert war. Seine Ermordung erfolgte im Juni 1923, angeblich weil er sich verdächtig gemacht hatte. Als Täter bzw. Mithelfer und Begünstiger kommen eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern dieser Formation in Betracht, die, wie bereits mitgeteilt, nach und nach verhaftet werden konnten und deren Namen zum Teil bereits genannt sind. Abgesehen von Oberleutnant Schulz und Führer Rieder sowie dem auch hier beteiligten Feldwebel Klapproth ist von den übrigen an erster Stelle der Oberfeldwebel Stegelberg zu nennen, ein ehemaliger Ballistener und Oberschleppkämpfer, ferner ein Leutnant Schürmann und ein Feldwebel Büsching. Die Namen Klapproth und Büsching tauchen in verschiedenen Feme mordaffären auf, und es wird behauptet, daß diese beiden dann auch immer die eigentlichen Täter waren. Büschings „Spezialität“ sollen zwei Schüsse in den Hinterkopf des zu erlegenden Opfers gewesen sein. Tatsache ist, daß diese beiden gar nicht zu der betreffenden Maschinengewehrabteilung gehörten, vielmehr Mitglieder einer „Schwarzen“ Kraftfahrabteilung mit einem anderen Standort waren. Sie wurden aber im Juni 1923 plötzlich in der Unterkunft der Maschinengewehrabteilung des „Regiments“ v. Senden einquartiert, und wenige Tage später wurde der Feme mord an Pannier verübt, so daß die Annahme besteht, daß die Durchführung dieses „Urteils“ eigens Büsching und Klapproth übertragen wurde. Die übrigen Anzeichen davon bzw. gehörten sie zu dem Kommando, das die Leiche verscharrte.

Die Ermittlungen haben nun aber, wie die BS-Korrespondenz weiter erfährt, auch zu einer Belastung des Führers jenes Regiments, des Freiherrn v. Senden, geführt, gegen den der Verdacht auftauchte, daß er sich der Anstiftung zu diesem Mord schuldig gemacht hat. Freiherr v. Senden ist nun vorgestern, am Sonnabend früh, als er nach seiner am Freitag vollzogenen Vermählung gerade die Hochzeitsreise antreten wollte, in Berlin verhaftet worden. Von ihm wird ferner auch behauptet, daß er der Anstifter zu Rixhofmündungen gewesen ist, denen einen Monat später, im Juli 1923, ein Oberfeldwebel mit dem Spitznamen „Rheinländer“ durch Rieder und Stegelberg unterworfen wurde. Dieser Feldwebel, der bei einer Spandauer Formation stand, wurde einige Tage darauf ebenfalls mit zwei Schüssen im Hinterkopf als Leiche aus der Havel geborgen. Dieser letztgenannte Fall dürfte noch zu weiteren Erörterungen Anlaß geben.

Ein Stahlhelm-Überfall.

Osnabrück, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Stahlhelmtag, der am Sonntag hier stattfand, versuchten schwarzweißrote Rowdies mit Gewalt ins Gewerkschaftshaus einzudringen, wobei sieben Republikaner schwer verletzt wurden. Die Schupo nahm den Stahlhelmlern eine Anzahl Schußwaffen ab, nachdem eine Reihe von Schüssen abgegeben war.

Gemeindewahl in Posen.

Posen, 5. Oktober. (Mit.) In Posen fanden gestern die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Deutschbürgerlichen haben ihren Wahlvorschlagn nicht eingereicht. Der deutsche Wahlvorschlagn hat aber Stimmabgabe für die Liste der polnischen sozialdemokratischen Partei empfohlen, deren Programm für einen Schutz der Kinderbehalten noch die meiste Zusicht bietet und die an aussichtsreicher Stelle einen deutschen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt hat.

Aufruhr in München.

Von Hans Bauer.

In München geht es hoch her. Nein, diesmal nicht wegen des Sittler. Die bayerischen Bürger haben sich auf ihre alte Tradition besonnen und berauschen sich lieber an den realen Erzeugnissen ihrer eingefessenen Brauereien als an denen eines, wenn man es so recht nimmt, landfremden Anstreichergesellen. Das war ja kein schlechter Ohrenschnaus, wenn die Wände widerdröhnten von Verwünschungen gegen Juden und Sozialisten, auf die Dauer ist aber der Gaumen schmeckt, der von die eingelochten Bier und von Schweinswürsteln gebildet wird, zumal wenn sie nach dem Blatt für die Idioten Münchens den „Münchener Neuesten Nachrichten“, „vorzüglich im Saft dieben“, doch der größte von zwei Genüssen. Es ist ja doch auch so, daß das geistige Fundament für Suss und Fraß, die monarchistische Ueberzeugung, noch lange nicht zu kurz zu kommen braucht. Der rote Turm der Löwenburg, eins der größten Lokale auf der Oktoberfestwiese ist mit dem königlichen Wappentier versehen und erstrahlt nachts im Glimmerglanz. Aber auch sonst bricht sich, vornehmlich in vorgeschrittenen Stadien des Alkoholgenusses, das Bekenntnis zur monarchistischen Staatsform machtvoll Bahn.

So möchte es scheinen, daß in München alles in schönster Ordnung wäre. Indessen, grad als ob dunkle (wahrscheinlich also jüdische) Mächte am Werk wären, die dieses gequälte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollten, sind am friedlichen Himmel der Oktoberfestwiese schwarze Wolken aufgezogen und hängen unheilverkündend über dem diegelochten Bier und den vorzüglich im Saft bleibenden Schweinswürsteln. Es löst sich nicht verhehlen, daß das Gemurr und Geraune schon wochenlang ging. Einer sagte es dem anderen: Mit dem Einschenken stimmt etwas nicht. Noch wollte man nicht an das Schlimmste glauben und auf bloßen Verdacht hin nicht schreckliche Beschuldigungen ausstoßen aber schließlich rissen die Sturzfluten des tief beleidigten bayerischen Gemüts die schwachen Dämme des Vertrauens zum Volksgenossen nieder. Man schied sich an den Dingen doch einmal auf den Grund zu gehen, der bei den Biergläsern immer so schnell erreicht war. Ein entsetzlicher Anblick bot sich dar: ein Ueberflanz nämlich von etwa 20 Proz. den gewissenlos Schenkellner sich hatten zuschulden kommen lassen, ungeachtet des Verbodens, das sie damit am leimenden Wiedererleben bayerischer Stammeseigenümlichkeit begingen. Wohl bemühten sich die Brauereien in einem eiligen Dementi, die (fürwahr!) „ungeheuerlichen Nachrichten“, die über diese Entdeckung in Umlauf gerieten, auf das (und auf die) Maß der vereinzelt Verfehlungen weniger zurückzuführen, aber nimmermehr vermochten sie den katastrophalen Eindruck abzuschwächen, den besagter Ueberflanz naturgemäß hinterlassen mußte. Nicht, daß das bayerische Bürgerturn heimlich wäre. Es hat den Vorwurf, Mörderzentralen in seinem Lande zu begünstigen, mit dem Gleichmüt ausgeglichener Seelen

ertragen. Aber schließlich soll man den Wert des Blutes, das gegossen ist, doch nun auch nicht mit demjenigen des Bieres vergleichen, das nicht geflossen ist.

Der Fall liegt schlimm genug. Denn wer vermöchte es mit Sicherheit festzustellen, ob der gewissenlose Ueberflanz von 20 Proz. nicht die Differenz bis zu jenem Grade der Alkoholisierung darstellt, den die bayerischen Bürger zur endgültigen Liquidation der Revolution benötigen.

Das Leben für die Revue.

Bier und eine halbe Stunde habe ich es ausgehalten, von 7 bis 1/2 Uhr, in der Komischen Oper, aber dann war ich so von der Fülle der Farbenpracht, der Leppigkeit der Ausstattung, der Masseninszenation von nackten Weinen usw. dermaßen erschlagen, daß ich mich an der weiteren Konjunktion der Augenkulturnei nicht mehr beteiligen konnte. Man muß, um so einen Speiszeitel von James Klein „Von A bis Z“ zu absolvieren, die Herren jener pantagruesischen Schlingkünstler haben, die alle Genüsse des schwedischen kalten Bifets auskosten auf die Gefahr hin, 14 Tage magentran zu sein. Jedenfalls rate ich jedem, der diese Bühnenschau von A bis Z — so heißt sie — mitmachen will, vorher Urlaub zu nehmen, die Herren zu schonen und sich gründlich auszuschlafen. Denn die Parole heißt: man kann feiner und die Welt soll sich amüsieren, und wenn sie dabei draufginge. Gustav Rickert hat versucht, die Flucht der Erschneidungen humorvoll einzurahmen. Statt der Witzjagd anderer Revuen wird hier eine durchgehende Idee untergelegt: ein Großindustrieller (der immer ufkige Paul Beckers) und sein Diener August (eine somose Berliner Type Paul Westermeyers) flüchten aus dem deutschen Dalles, erlangen durch einen Zaubertrank die Fähigkeit, sich in jede Vergangenheit versetzen zu können und erleben nun das Paradies, Babylon, Rom, das alte Germanien (hübsche Parodie) usw. usw., mit der philosophischen Pointe, daß es früher auch nicht besser war.

Diese umkammernde Handlung verfaßt aber je länger, je mehr. Wir werden meistens in den Strudel der Augenentwürfe und Ohrenschnausen (die Ruffel besteht zumeist aus lauter bewährten Nummern) gerissen. Jeweils erinnert ein Witz daran, daß ein Geist über den Woffern schweben sollte. Wer nennt die Völkler, zählt die Namen? Ein Schlangentanz (Marke Paris) schwebt in der längst typisch gewordenen Akkumulation der Belne und Arme. Rimosen (Marke Paris) sind eine bezauberte Sommerachtsymphonie in Geld und Blau, Rosa und Silber, ein stillerendes Leuchten, deutsche Neben am Rhein ein entzückendes Farbenspiel. Dazwischen stürmt ein Rudele unerhört lärmender und springender arabischer Akrobaten herein, tangen berühmte internationale Tanspaare, Jambango Juanita Cosanova. Eine ganze Serie japanischer Landschafts- und Jahreszeitenbilder überflutet uns. Eine überleiste Grunemaldjense wäret den Salat. Alle Stunde gibt es ein neues Hauptgericht: eine Kombination fabelhafter Feste („die kostbarste Schau der Welt“) mit Kubitiden, Brillantenrauber, eine Wolke von Hermelin, oder eine unerhörte Venusentfaltung von Federn, die nicht von Menschen, sondern auf Gefallen getragen werden, Sanssouci mit Kokoffigürchen (der alle Fritz kann nicht fehlen) ... Laufend Klische,

ein ungemessenes Nebeneinander von Luxus, Prunk, Pracht, technischem Raffinement und waderer Arbeit. Von A bis Z? Nein, der Mensch von Geschmack lacht sich seine Gänge aus, er ist nicht die ganze Speisekarte ab.

Der staatsgefährliche Körperleit. Wie die Moskauer „Pravda“ mitteilt, hat das „staatliche Spielplanomitee“ sieben folgende Maßnahmen beschlossen: „Die Oper „Lohengrin“ muß als romantisch-mythologische Werk vom Spielplan entfernt werden. Sie kann aber durch den „Siegfried“, der in ideologischer Beziehung dem russischen Theaterleben näher steht (1), ersetzt werden. In der Oper „Eugen Onegin“ muß aus dem ersten Akt die „verlogene idyllische Episode mit den selbigenen Bauern“ gestrichen werden. Die Oper „Werther“ wird verboten, da es unangebracht ist, heutzutage „Werther-Stimmungen“ zu nähren. Schillers „Maria Stuart“ wird als „monarchistisch-religiöses“ Werk gleichfalls verboten. Auch die (dramatisierten) „Brüder Karamasow“ von Dostoiewski dürfen nicht aufgeführt werden, da das Werk einen schädlichen Einfluß haben könnte.“ Die „Pravda“ teilt weiter mit, daß ein Moskauer Verlag ein neues Stück verlegen wollte, das in Afrika unter Affen spielt und in dem zwei feindliche Affengruppen darkommen. Die einen sollten eine rote und die anderen eine blaue Signaleinheit haben. Die Zensur erlaubt das Stück nur unter der Bedingung, daß der rote Hinterleit durch einen — gelben ersetzt wird! — Zur Ehre der „Pravda“ muß gesagt werden, daß sie weit davon entfernt ist, solche Maßnahmen zu billigen, und es sogar wart, den Zensoren den schmeichelhaften Namen „Sowjetnarren“ zu verleihen. Nicht zuletzt dank dieser scharfen Stellungnahme ist jetzt die bisher verbottene gemessene Oper „Roma Ula“ von Waz v. Schillings zur Auführung freigegeben worden.

Ein neuer urgeschichtlicher Fund. Am 2. Oktober wurde in einer Kiesgrube in Sühnhorn bei Weimar ein Zeuge aus der Urgeschichte gefunden und freigelegt. Es handelt sich um einen archaischen Mannstischstuhln von etwa 2 1/2 Meter Länge und einem Umfang von über 60 Zentimetern. Der Riesenstuhln wurde in vorhistorischen Schotter gefunden. Das Alter des wunderbar erhaltenen Stückes schätzt man auf 400 000 bis 450 000 Jahre. Der Fund ist dem Weimarer Museum für Urgeschichte als Geschenk überwiesen worden.

Johann-Eitanz-Reiz. Der Reichsverband hat heute (5. Okt.) seine Verhältnisse am Sonnabend, den 24. Oktober, anlässlich des hundertsten Geburtstages von Johann Strauß in der Stadthalle in Wien eine Jubiläumsgedächtnisfeier für Strauß. Die Feier findet in Form einer Redeversammlung unter der Leitung von Prof. Bruno Wolter und unter Mitwirkung einer deutscher Bühnenschauspieler statt. An die Aufführung, die um 11 Uhr abends beginnt, schließt sich ein Gesellschaftsabend mit Ball.

Die rheinische Musikschule Köln wurde Sonntag durch einen Brand im Saale der Hochschule für Musik (des früheren Konservatoriums) zerstört.

Preisverleihung in den Münchener Privaattheatern. Um weiteren Preisen den Theaterbesuch zu ermöglichen, hat der Verband Münchener Privaattheater die Eintrittspreise um durchschnittlich 20 Prozent ermäßigt. Es treten nunmehr gemeinsame Einheitspreise von 1 bis 8 R. in Kraft.

Reiseausgabe der Werke Gastera. Die Russische Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, sich an den Arbeiten des internationalen Komitees für eine Reiseausgabe der Werke des deutschen Mathematikers Euler, der auch Mitglied der Russischen Akademie war, zu beteiligen.

Deutschnationales Preisfenkungstheater.

Am Rathaus haben die Deutschnationalen bekanntlich einen Antrag über die Teuerung eingebracht. Ausgerechnet die Partei der Zollwucherer und Steuerräuber will vom Magistrat wissen, was er gegen die von ihnen verschuldete Teuerung zu tun gedenkt. Um die Absichten des hochwohlwunderslichen Magistrats zu ergründen, lagte heute vormittag ein Stadtvorordnetenausschuss. Der deutschnationale Stadtrat Dr. Richter referierte und kam zu dem Ergebnis, daß die Stadtverwaltung gar nichts tun könne. Der deutschnationale Plarier Koch war mit der Leistung seines Parteifreundes sehr unzufrieden und wünschte vom Magistrat die Ausarbeitung einer Denkschrift und die Beschaffung statistischen Materials. Von seinen eigenen Parteifreunden mußte er sich lassen lassen, daß aus der ganzen deutschnationalen Aktion selbstverständlich nichts werden kann. So beschloß denn der Ausschuss nach kurzer Debatte, vom Magistrat weiteres Material zu verlangen und sich selber — zu vertagen. Das Ganze nennt sich: deutschnationales Preisfenkung.

Wieder ein Kriegerdenkmal.

Wilhelm II. und Sohn telegraphieren!

Die Kriegerdenkmäler mehrten sich in Berlin. Am Sonntag wurde wieder ein Denkmal dieser Art enthüllt und eingeweiht. Den zum Feuerwerks- und Zeugpersonal der Armee und Marine gehörenden Toten des Krieges 1914—18 haben überlebende Kameraden ein Denkmal gewidmet, das in dem Garten der ehemaligen Oberfeuerwerkerschule an der Invalidenstrasse aufgestellt ist.

Zur Enthüllungsfest war Reichspräsident Hindenburg eingeladen worden. Er sprach brieflich sein Bedauern aus, daß er nicht an der Feier teilnehmen könne, weil er zurzeit nicht in Berlin sei. Hätte er, der bei seinem Rheinlandsbesuch sich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold schmückte, sich darüber gewundert, daß bei dieser Denkmalsweiheung das schwarzrotgoldene Banner der deutschen Republik fehlte? Man sah nur die kleine schwarzrotgoldene Fahne an der deutschen Kriegsflagge, deren sich breit machendes Schwarz-Weiß-Rot alles beherrschte. Die Weiberebe des früheren Feldpropstes Schlegel wünschte den Ueberlebenden „ein Feuer von oben“. Der Geistliche sprach davon, daß beim Feuer nicht die Zerstörung das Letzte sei, sondern das Neue, das aus der Zerstörung kommt. Meinte er mit dem „Neuen“ die Staatsumwälzung, die aus dem Weltbrand des Krieges gekommen ist? Nein, er dachte an das Feuer, das „Jesus auf die Erde mirkt“, an das Feuer, das „Bäuerung durch den Geist Gottes ist“. Das Denkmal aber, dessen Hülle dann fiel, hat mit Gott und dem Feuer Jesu nichts zu tun. Es zeigt die rohe Kraft einer Waffe des Krieges, die fürchterliche Gewalt einer einschlagenden Granate. Das von dem Bildhauer Bittel-Friedman geschaffene eigenartige Werk stellt die bei der Explosion des Geschosses aufsteigende „Erdsäule“ dar. Den Künstler soll, erzählt eine zur Denkmalsenthüllung herausgegebene Festschrift, die Absicht geleitet haben, „in der Darstellung der einporstehenden gemaltigen Kraft auch den Beschauer emporzurufen aus der Not und Qual unserer Tage“.

Bei der Feier gab es eine „Ueberraschung“, ein Telegramm aus Schloß Doorn in Holland — oder für die Kenner war es vielleicht doch keine Ueberraschung. Wilhelm II., der im November 1918 „sein“ Heer verließ und ins Ausland floh, schickte jetzt ein teilnehmendes Begrüßungstelegramm. Ein General A. D., der es vorlas, nannte es eine „allerhöchste Botschaft“ von „Seiner Majestät dem Kaiser“. Daß er dem geflohenen Exzaiser nach den Titel „allerhöchster Kriegsherr“ gab, sollte keine Ironie sein. Auch Wilhelm, der Sohn des Exzaisers, hatte aus Schloß Doorn, wo er als Bürger des Deutschen Reichs (der Republik) geduldet wird, ein Telegramm geschickt. Als „Seine königliche Hoheit den Kronprinzen“ bezeichnete ihn der das Telegramm vorlesende Vertreter des Denkmalsausschusses. Wilhelm II. und Sohn sollten, empfehlen wir, ihren Telegraphiereifer ein bißchen zügeln. Gerade bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals täten sie besser, sich noch tiefer in ihre Winkel zu verziehen. Die meisten der gestern zu der Enthüllung erschienenen Hinterschleichen, die in Trauer um ihre Toten an die schweren Opfer des Krieges dachten, werden für den Exzaiser samt dem Kronprinzen nicht sehr freundliche Empfindungen gehabt haben.

Dachstuhlbrand am Kolibuser Ufer.

Die Reihe der Dachstuhlbrände wurde auch am Sonntag fortgesetzt. Am Vormittag in der 10. Stunde wurden die Wölbhänge 8 und 11 nach dem Kolibuser Ufer 58, nahe der Admiralsstrasse, von mehreren Seiten alarmiert. Hausbewohner hatten die Feuerwehre benachrichtigt. Als die Wehr an der Brandstelle erschien, stand der mächtige Dachstuhl des zweiten Quergebäudes schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unerbittlich mit mehreren Motorspritzen Wasser gegeben werden mußte. Die Treppenaufgänge waren vollständig verqualmt, so daß eine große mechanische Leiter auf dem zweiten Hofe aufgerichtet und zum Angriff benutzt werden mußte. Leider erkrankten wieder einige Feuerwehrmänner. Nach zweistündiger Tätigkeit war um mittag das Feuer in der Gewalt der Wehr. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch. Den Flammen sind eine Menge Möbel und Hausrat der zahlreichen Mieter mit den Bodenräumen und der Dachkonstruktion zum Opfer gefallen. Die Polizei war gleich nach Ausbruch des Brandes zur Stelle und vermutet wieder Brandstiftung. Genaue Ermittlungen werden noch angestellt. Der Schaden ist abermals ganz erheblich und nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Ein geheimnisvoller Schuß.

Mit einer schweren Schußverletzung in der Brust wurde gestern Nacht der 25 Jahre alte Ruffler Willi W. auf einer Bank in den Anlagen am Weißen See aufgefunden. Gegen 2 Uhr kam ein Bekannter des W. durch die Anlagen und sah plötzlich, wie der junge Mann sich von einer Bank erhob und auf ihn zu taumelte. W. gab an, daß er, von einem Vergnügen heimkehrend, sich ein Weischn auf die Bank gesetzt habe und eingeschlafen sein müsse. Plötzlich habe er in der linken Brustseite einen stechenden Schmerz verspürt. Es müsse also ein unbekannter Schuß auf ihn geschossen haben. Der Bekannte benachrichtigte die Polizei, und da die Begleitumstände verdächtig erschienen, so wurde die Nordkommission alarmiert. Die Ermittlungen ergaben, daß die Aussagen des jungen W. allem Anschein nach nicht stimmen. Es wurde keine Waffe bei ihm gefunden, doch hatte er in seinen Taschen Briefe, aus denen Lebensüberdruß sprüht. Auch Freunden und Bekannten gegenüber hat er in letzter Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geäußert. Vermutlich hat der junge Mann sich selbst den Brustschuß beigebracht und ist dann, während er bewußtlos auf der Bank lag, um die Waffe bestohlen worden. W. selbst, der in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weißensee übergeführt wurde, liegt dort noch vernehmungsunfähig darnieder.

In der Fischerhütte an der Großen Krampe wurde gegen Mittag des 4. die Leiche eines unbekanntes etwa 30 bis 35 Jahre alten Mannes mit einer Schußwunde aufgefunden. Die Leiche hat etwa 2 bis 3 Wochen gelegen. Die Kriminalpolizei stellte einwandfrei fest, daß es sich hier um einen Selbstmord handelte.

Bezirkstag der Frauen.

Zollpolitik und Gemeindevahlen.

Am Plenarungsaal des Preussischen Staatsrates lagte gestern unter dem Vorsitz der Genossin Wengels die Frauenkonferenz des Bezirksverbandes Groß-Berlin. Saal und Galerien sind stark besetzt. Der Konferenz lag eine reichhaltige Tagesordnung zur Erledigung vor: Die Berichte von den Frauenkonferenzen in Marseille und Heidelberg, das Referat über die „Wirkung der Zollpolitik auf die Volksgesundheit und die soziale Lage des Volkes und auf die Gemeindepolitik“, die von den Genossinnen Dr. Stegmann und Todenhagen erstattet wurden. Das Referat über „Lebenshaltung und Zölle“ mußte wegen Behinderung der Genossin Wurm abgesetzt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Genossin Künzler im Namen des Bezirksvorstandes die Konferenz. Er betonte, daß die Frauenkonferenz nicht nur im Interesse der Frauen und Mädchen, sondern für die Gesamtpartei zu arbeiten haben werde. Ein Hinweis auf die Bedeutung der bevorstehenden Stadtvorordnetenwahlen wurde von den delegierten Genossinnen mit starkem Beifall aufgenommen.

Den Bericht

von der Internationalen Frauenkonferenz in Marseille

erstattete Genossin Bohm-Schuch. Die Rednerin gab einen Ueberblick über die Ergebnisse der Frauenkonferenz, die im Anschluß an den allgemeinen Sozialistenkongreß stattfand. Besonders erwähnte die Rednerin die große Entschlebung, die die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung und die Erfüllung der sozialpolitischen Forderungen der Frauen verlangt. Der allgemeine Internationale Kongreß stimmte auch dem Verlangen der sozialistischen Frauen nach einer Vertretung im Internationalen Bureau zu. Damit soll keine besondere Frauenorganisation in der Internationale verbunden sein, was unter Zustimmung aller Frauendelegationen von der Genossin Papp-Dellerreiß besonders betont wurde. Als Hauptergebnis des allgemeinen Kongresses bezeichnete die Referentin die allgemeine Friedensresolution, die von der Notwendigkeit der Mitarbeit der Sozialisten in den Landesregierungen und im Völkerbund spricht. Zusammenfassend könne die Internationale Frauenkonferenz sowohl inhaltlich wie äußerlich als ein Ereignis bezeichnet werden, das die gewünschten Auswirkungen auf die sozialistische Frauenbewegung haben wird.

Ueber die deutsche Frauenbewegung in Heidelberg

sprach Genossin Schmitz. Sie berichtete über das Referat der Genossin Juchacz, die die Gleichberechtigung der Frau behandelte und über den Bericht des Parteivorstandes. Der Vorstandsbericht habe gezeigt, daß die Mitgliedschaft der Frauen in unserer Partei durchaus noch ausbaufähig ist. Aus dieser Situation ergibt sich die scheinbare Zurücksetzung der Frau im öffentlichen und im Parteileben. Mit einer eingehenden Berichterstattung über das Referat des Genossin Sanger, „Die Frau im Strafrecht“, beschloß Genossin Schmitz ihren Vortrag. Die Berichterstattungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion

forderte die Genossin Adele-Schreiber-Krieger, daß die Parteiorganisation in den Frauen die Empfindung fördern möge, gleichgeschätzt und gleichberechtigt zu sein.

Genossin Todenhagen verpöchtete die Genossinnen, im wirtschaftlichen und politischen Kampfe nicht freiwillig zurückzutreten. Dadurch werde dem Manne der so oft beflagte Vortritt erleichtert; dagegen muß auf den Frauenabenden die Frau sich ganz als Sozialistin fühlen und wirken, um so auf die Gasse und Jahrgänger sozialistisches Fühlen, Denken und Benehmen auszuwirken. Gegenüber der Besprechung einer Diskussionsrednerin erklärte Genossin Künzler, daß der Bezirksvorstand keinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung der Kräfte zu den Stadtvorordnetenwahlen ausüben könne. Das läge auch wieder in der Zuständigkeit, noch in der Absicht des Vorstandes.

Genossin Jahnenwald trat dafür ein, daß die Reichs-Frauenkonferenzen wieder wie früher vor dem Parteitag stattfinden mögen. Im übrigen sprach sie sich für den Ausbau der Frauenleseabende aus.

Nach einem Schlußwort der Gen. Schmitz und Bohm-Schuch hält Gen. Dr. Stegmann das Referat über

die Wirkung der Zölle auf Volksgesundheit und soziale Lage.

Die Gesundheit des Volkes, so führte die Vortragende aus, ist ein Gut, für das sich verlohnt, zu kämpfen. Wir haben eine Fürsorge für alle möglichen Krankheiten, Seuchen und Gefahren, und wenn man unseren rechtsstehenden Regierungsleuten glauben wollte, wäre kein Anlaß zum Klagen. Sobald aber von der Rechtsregierung und den hinter ihr stehenden Parteien solche Maßnahmen,

wie die neue Zollvorlage, beschlossen werden, sind alle fürsorglichen Gesetze hinfällig. Aus der Begründung der Zollvorlagen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Lebensmittel- und Industriezölle ganz wesentlich zur Einschränkung der Lebenshaltung weitester Volkskreise führen müssen. Die Hoffnung, daß die Industrie die Verteuerung der Lebenshaltung durch Lohnerhöhungen ausgleichen werde, ist bei uns von Anfang an nicht vorhanden gewesen und die Ereignisse der letzten Zeit haben uns Recht gegeben.

Nach den Berechnungen der Regierung belaufen die neuen Zölle den Jahresetat einer fünfköpfigen Familie um jährlich 150 Mk., wobei man sich den schlechtesten Scherz erlaube, die Lebensverhältnisse der Kohlrübenzeit während des Krieges zugrunde zu legen.

Auch die Industriezölle belasten gerade den Arbeiterhaushalt am stärksten. Schon bei dem jungen Menschen, dem Säugling, wirken die Zölle auf heute 59 Proz. der Säuglingssterblichkeit auf Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind, so bedeutet das doch, daß daran vornehmlich die Protartierkinder beteiligt sind. Infolge der Lebensmittelzölle schlecht ernährte Mütter können ihre Kinder auch nur unvollkommen nähren. So wirkt die Zollvorlage schon auf die Kinder, obwohl man die Milch zollfrei ließ. Die Zölle auf Gemüse und Obst verteuern ebenfalls nur die Ernährung der Arbeiterschaft. Eine Regierung, die wirklich etwas für die Volksgesundheit tun wollte, hätte, statt Zölle beschließen zu lassen, für Aufklärung in Ernährungsfragen sorgen müssen.

Bei der Wohnungsfrage

ist die Regierung gleichfalls untätig geblieben. Auf der einen Seite schließt man die gefährdeten Eittigkeit vor, um den berechtigten § 218 bestehen zu lassen, andererseits gestattet man die fürchterlichsten Wohnungsverhältnisse. Da die Zölle die Bodenrente erhöhen, der Grund und Boden also teurer wird, so wird auch an einen ausreichenden Wohnungsbau nicht zu denken sein. Das Volk trägt schwer an dieser Bodenrente und muß einen großen Teil des Einkommens dafür opfern. So geht der Kreislauf fort. Wenn heute die Frauen infolge der schweren Lebensverhältnisse ihres Lebens nicht froh werden, wenn sie am Leben fast verzweifeln, so wird man von ihnen nicht erwarten können, daß sie frohen Herzens Kinder gebären, die auch nur wieder diese elenden Zustände durchleben müssen.

So wirken die Zölle nicht nur auf die Ernährung und Lebenshaltung, sondern direkt auch auf die Erhaltung unseres Volkes. Grenzen und Zölle sind Mittel des Imperialismus; sie können nie zur Verständigung der Völker beitragen. Deshalb muß unser Kampf dem Zolltarif gelten.

Zolltarif und Gemeindepolitik.

Dann behandelte Genossin Todenhagen die Wirkungen des Zolltarifes auf die allgemeine Wirtschaft, um dann die Auswirkungen auf die Gemeindepolitik zu untersuchen. Daß die Zölle als „Schutz für die heimische Industrie“ verstanden werden, beweisen am besten die Arbeitslosenziffern, die seit dem Inkrafttreten der Zölle, ja selbst schon seit der Ankündigung und Beratung im Reichstag im Steigen sind. Das sind neben der Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel die ersten Wirkungen der deutschnational-volksparteilichen Zollpolitik. Genossin Todenhagen zeigte weiter an unzähligen Beispielen, wie die Verteuerung der Massen durch die verschlechterte Lebenshaltung gerade die Gemeindepolitik belastet. Die gemeindliche Wohlfahrtspflege hat die Sünden wieder gut zu machen, die die Rechtsparteien an den unteren Volksschichten begangen haben.

So war es auch eine elende Komödie, wenn kürzlich die Deutschnationalen in der Stadtvorordnetenversammlung vom Magistrat Mittel und Wege ersuchen wollten, die geeigneten Zölle, die Lebensmittelpreise zu senken.

Dieselben Kreise, die durch den Zolltarif erst alles verteuerten, fügen jetzt zum angerichteten Schaben noch den Spott. Mit einem Ueberblick über die Arbeiten der Arbeiter-Wohlfahrtspflege und mit einem Appell an die Frauen zu tatkräftiger Hilfe und Mitarbeit in der Partei und bei den Wahlen schloß Genossin Todenhagen ihren interessanten Vortrag.

Die beiden Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Diskussionsrednerinnen unterstrichen die Referate, oder gaben ihre Erfahrungen in der Wohlfahrtspflege zum besten. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

In ihrem Schlußwort erwähnte Genossin Wengels die anwesenden Parteigenossinnen, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß am Tage der Stadtvorordnetenwahl die Mehrheit des Bürgerblatts gebrochen werde. Mit einem Hoch auf die Partei schloß gegen 5 Uhr die Frauenkonferenz.

Schluß der Ripho.

Die Ripho, die Kino- und Photo-Ausstellung am Kaiserdamm, ist am gestrigen Sonntag geschlossen worden. Der letzte Sonntag führte der Ausstellung noch einmal einen Besuch zu, wie ihn die größten Tage der Herbst-Ausstellungen und Messen nicht zu verzeichnen hatten. Die geschäftlichen Erfolge der Aussteller waren über alle Erwartungen befriedigend. Die Referanten der landwirtschaftlichen und photochemischen Branchen konnten auch eine Anzahl von Auslandsverkäufen buchen. Anlässlich des Besuches der Ripho durch ausländische Filmsachverständige ist in Berlin auch eine bemerkenswerte Anzahl von deutschen Filmen nach dem Ausland verkauft worden.

Die 14. „Große Allgemeine Seifensachmesse“, die alljährlich zweimal vor sich geht, wurde am gestrigen Sonntag unter Anwesenheit der Vertreter der Behörden und der Presse eröffnet. Die Ausstellungsgelände hatte diesmal auch Vertreter der ausländischen Handelsvertretungen geladen. Die Ausstellung selbst, die in den Gesamtträumen der „Neuen Welt“ untergebracht ist, gibt wieder einen interessanten Ueberblick über die Erzeugnisse der Seifenindustrie. Die Veranstalter haben sich redlich Mühe gegeben, diese Sachmesse gegenüber der letzten Ausstellung noch weiter auszubauen. Man findet alle in das Fach des Seifenhandels fallenden Artikel, wie einfache Waschseifen, feinste Toilettenseifen, Parfümerien, Rühmittel, Scheuertücher, Seifen- und Bürstenwaren — kurzum, all die Dinge, die die Hausfrau in ihrem Haushalt braucht. Auch größere Wirtschaftartikel, die für den Seifenhändler bestimmt sind, werden zur Schau gebracht. Die Messe, die vom Schutzverband Deutscher Seifenhändler E. V. und der Einkaufszentrale der Seifenhändler von Groß-Berlin e. G. m. B. H. veranstaltet ist, bleibt noch heute, Montag, und morgen, Dienstag, von 3 bis 10 Uhr geöffnet.

Dänische oder australische Butter?

Der Butterbedarf Deutschlands wird, soweit er nicht aus der heimischen Produktion der Landwirtschaft und der Molkereien gedeckt werden kann, zum größten Teil durch dänische Butter bestritten. Dänemark ist ein Land, das einen Produktionsüberschuß an Butter hat und gerade deswegen fällt es auf, daß die dänische Handelsbilanz in der Einfuhr bedeutende Mengen australischer Butter aufweist. Diese australische Butter, die

qualitativ sehr minderwertig ist, und deswegen im Preise sehr niedrig kommt auf dem Umwege über London nach Dänemark. Der größte Teil dieser Butter soll, hochblättern zufolge, nach Deutschland gehen und hier in der Hauptsache zu Backzwecken verwendet werden. Mit der australischen Butter haben wir schon in Vorkriegszeiten sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Sie kommt infolge der schlechten Verpackung und des langen Transportweges zum größten Teil zum Genuß nicht besonders geeignet hier an. Es wäre sehr angebracht, wenn sich die zuständigen Behörden einmal mit dieser Frage beschäftigen würden und eine Untersuchung dahingehend vornehmen würden, ob nicht erhebliche Mengen der australischen Butter direkt dem Verbrauch angeführt werden, und ob nicht unter der Flagge der dänischen Butter australische Butter nach Berlin kommt. Auslandsbutter wird bekanntlich zu höheren Preisen verkauft als Inlandsbutter. Wenn aber die billige australische Butter das Signum dänische Butter trägt, so wären die hohen Preise zum mindesten für diese Butter nicht gerechtfertigt.

Friedrich-Ubert-Strasse in Niederlehme. Die Gemeindeverwaltung Niederlehme (Kreis Beckow-Storow) hat auf Vorschlag des Gemeindevorstandes mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, die Straße am Kroschke Friedrich-Ubert-Strasse zu benennen. — Dagegen stimmte bezeichnend genug 1 Kommunist und 1 Vertreter vom sogenannten „Ordnungsbund“, der sich politisch zu Antippen-Runde rechnet.

Mitlung, Teilnehmer am Gymnasialfest! Fer für Dienstag, den 6. d. M., angelegte Übungsabend muß umhändehalter ausfallen. Der nächste Übungsabend wird voraussichtlich am 27. d. M. stattfinden.

Autounfall auf einer Reichsbannerfahrt.

Bohum, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Als ein in voller Fahrt mit 40 Reichsbannerleuten besetztes Auto aus Linden-Dahlhausen die Hattinger Straße durchfuhr, brach plötzlich der Ladakasten auseinander. Sämtliche Insassen stürzten auf das Pflaster. Jahn Mann erlitten Knochenbrüche. Die Arbeiter Raumann und Chur wurden schwer verletzt. Sämtliche Verletzten wurden ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht, einer konnte nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen werden. Das Auto wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Jungsozialisten: Die Mitgliederversammlung und die Arbeitsauschussung finden nicht im Landtag, sondern im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13, statt.

Morgen, Dienstag, abend Wählerkundgebungen der Sozialdemokratie besucht das werktätige Berlin die

Gewerkschaftsbewegung

Die Sozialversicherungsangestellten.

Um das Dienstrecht.

Die Angestellten der Sozialversicherung gehören zu den wenigen Gruppen von Arbeitnehmern, denen die Vorteile des modernen Arbeitsrechts immer noch streitig gemacht werden. Die Versicherungsbehörden, denen ein Genehmigungsrecht bei der Regelung der Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Angestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften zusteht, wollen weder die uneingeschränkte Anwendung des Tarif- noch des Betriebsarbeitsrechts für diese Angestellten zulassen. Ihre Berufsgenossenschaft, der Zentralverband der Angestellten, hält

am 11. Oktober in Rudolfsstadt eine Reichskonferenz

ab. Diese Reichskonferenz wird eine machtvolle Kundgebung für ihre Forderungen sein, ein einheitliches und modernes Dienstrecht zu schaffen. Zuerst wird sich diese Konferenz mit der Reform der Sozialversicherung beschäftigen und zu anderen aktuellen Berufsfragen Stellung nehmen.

Aus dem Versicherungsgetriebe.

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, ist der geltende Reichstarifvertrag 1925 für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmen (sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite zum 31. Dezember gekündigt worden. Teil II dieses Tarifvertrages, der die Gehälter regelt, war von den am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden beiderseitig bereits zum 30. September 1925 aufgekündigt worden. Tarifausgleich und Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmen haben eine Erhöhung der Gehälter ab 1. Oktober mit der Begründung abgelehnt, doch im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, durch welche die Versicherungsunternehmen unmittelbar oder mittelbar in gleicher Weise betroffen würden wie alle übrigen. Zweige von Handel, Gewerbe und Industrie, eine Erhöhung der Tarifsätze für absehbare Zeit nicht in Frage kommen könne. Es könne auch nicht anerkannt werden, daß bei Weitergeltung der derzeitigen Tarifsätze die Lage der Versicherungsangestellten eine ungünstigere sei als die des weit überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung überhaupt. Daß die Versicherungsdirektoren, die bekanntlich trotz der angelegten Notlage des Gewerbes außerordentlich hohe Gehälter und Lantienern beziehen, sich etwa bereit erklärt hätten, mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Versicherungsunternehmen auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten, hat der Arbeitgeberverband nicht behauptet. Der Tarifstreik wird nunmehr dem tarifvertragsgläubigen Reichsschiedsgericht unterbreitet, der voraussichtlich am 15. oder 16. Oktober zusammentreten wird.

Der Streik der Expeditionsarbeiter beendet.

Nachdem auch die Unternehmer dem Schiedsgericht zugestimmt haben, ist der Streik beendet und die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden. Bemerkenswert ist, daß der Verkehrs- und infolge seiner geschickten Taktik es verstanden hat, den Plan zu durchkreuzen, die Technische Röhre einzusetzen. Der Streik würde demnach kaum so rasch beendet worden sein, mit einem Erfolg der Streikenden.

Funktionärversammlung der Handelsarbeiter.

In der stark besuchten Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Handelsarbeiter Berlins, referierte der Bezirksvorsitzende Dr. Mann über die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Aufgaben, welche sich aus den Beschlüssen des Bundestages und Gewerkschaftstages für die Handelsarbeiter ergeben. Die von der Sektionsleitung vorgeschlagenen Mitglieder für den Beirat der Reichsabteilung wurden widerspruchsfrei anerkannt.

In der allgemeinen Aussprache wurde von mehreren Disziplinierungsrednern auf das reaktionäre, arbeiterfeindliche Verhalten der Warenhausfirma Berthel aufmerksam gemacht, welche mit einem raffiniert organisierten Spionagedienst jede gewerkschaftliche Tätigkeit unterbindet. Nach dem wiederholt erfolgten Mahnrufen von Betriebsratsmitgliedern geht sie nun auch

dazu über, überhaupt die Wahl eines solchen dadurch zu verhindern, daß schon die Kandidaten vor der Wahl des Betriebsrates entlassen werden.

In einer Entscheidung wurde die Ortsverwaltung des Deutschen Betriebsbundes aufgefordert, die Berliner Bevölkerung durch ein Flugblatt über die scharfmacherischen Maßnahmen dieses Unternehmens aufzuklären.

Arbeiterabbau statt Preisabbau.

Dorfheld, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Sämtlichen Arbeitern der Stahlwerke Köchling-Buderus A.-G. in Hosterhausen ist die Kündigung zugestellt worden. Das Arbeitsverhältnis wird zum 14. Oktober gelöst.

Aussperrung in der Metallindustrie.

Hagen, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Einigungs- verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Hohenlimburger Metallindustrie sind gescheitert. Somit tritt die vom Arbeitgeberverband angekündigte Gesamtaussperrung in Kraft. Von ihr werden 3000 Arbeiter der Hohenlimburger Metallindustrie betroffen.

Der Schiedspruch für die Seeschiffswerften.

Hamburg, 3. Oktober. (M.Z.). Der am 26. September vom Sonderschiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums in der Tarifbewegung auf den deutschen Seeschiffswerften gefällte Schieds- spruch ist von der Mehrheit der Arbeiter in den Werftorten ab- gelehnt worden, doch wurde die in diesen Urabstimmungen erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht. Ein Streik gilt somit als abgelehnt und der Schiedspruch als angenommen. Nach dem Schiedspruch bleibt die Arbeitszeit von 54 Stunden in der Woche auf den Werften nun noch für ein weiteres Jahr bestehen. Die Stundenlöhne erhöhen sich für gelernte Arbeiter und ausgeübte Jugendliche um 3 Pf., für angelegerte und ungelernete um 2 Pf. Die Löhne für Akkordarbeit werden statt wie bisher mit 90 Proz. in der vollen Höhe des Zeitlohns garantiert. Die neuen Vereinbarungen sind auch von den Arbeitgebern an- genommen worden und gelten bis 31. Januar 1926.

Vor großen Streiks in Nordböhmen.

Wardorf, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die nord- böhmische Textilindustrie scheint vor großen Streiks zu stehen. Seit einem halben Jahre laufen, immer wieder ergebnislos und in die Länge gezogen, Verhandlungen um Erhöhung der Löhne um zehn Prozent. Eine solche Erhöhung wird allgemein begriffen, da sämtliche Bedarfs- artikel langsam aber stetig im Preise gestiegen sind. Außer kleineren Teilstreiks einzelner Industriezweige blieb der Hauptbetrieb bisher immer aufrecht. Nunmehr aber wollen sämtliche Gewerkschaften ihre Forderungen endlich erfüllt sehen. Es wurde ein Ultimatum von 24 Stunden ausgesetzt. In zahlreichen der großen Industrieorte Nordböhmens ist bereits ein großer Teil der Textilbetriebe am 2. Oktober zum Stillstand gekommen. In der Grenzstadt Wardorf, neben Reichenberg dem Hauptindustriezentrum, begann der Ausstand am 2. früh in der größten Spinnerei Böhmens, jener von Johann G. Haebler. Die übrigen Textilbetriebe aber werden, nachdem in anderen Orten der Ausstand schon begann, folgen. Wie man vernimmt, dürfte auch die Eisenindustrie, gleichfalls in Nord- böhmen stark vertreten, mit Streik drohen. Die Lage der Gewerks- schaften erscheint diesmal günstiger als sonst. In einigen der größten Betriebe wird mit Uberschichten gearbeitet, nachdem es sich um dringliche Fertigung großer Aufträge aus Ausland handelt. Ein Stillstand auch nur für ganz wenige Tage ist daher kaum tragbar und müßte sich im gesamten Leben katastrophal auswirken, da es sich in ganz Nordböhmen um Hunderttausende von Arbeitern handelt.

Russische Gewerkschaftsdelegation aus Japan abgeschoben.

Moskau, 3. Oktober. (M.Z.). Aus Tokio wird gemeldet: Das japanische Innenministerium hatte die russische Gewerks- schaftsdlegation erlitten, Japan sofort zu ver- lassen, da sonst große Ausschreitungen sich nicht vermeiden lassen würden. Die Regierung könne anderenfalls keine Verantwortung tragen. Die Delegation sträubte sich jedoch, der Aufforderung Folge zu leisten und erhob durch den russischen Konsul in Tokio, Köpp, Einspruch. Das Innenministerium ordnete daraufhin die Be- schlagnahme sämtlicher Dokumente der Dele- gation sowie die sofortige Zwangsbefreiung der Russen an.

Wahlung, SPD-Betriebsvertrauensleute!

Der „Kämpfer“ Nr. 16 ist fertiggestellt und kann im Bureau, Lindenstr. 7, 2. Hof, 2. St., in Empfang genommen werden. Besonders die Betriebe der Klein- und Mittelbetriebe werden ersucht, rechtzeitig abzuholen. Betriebsaus- schüsse sind ersucht, die Wahlung zu unterstützen.

Ursachenausschuss des VDBB, Unterwiesing Tempelhof. Die zu morgen, Dienst- tag, der morgige Unterwiesing Tempelhofes muß mit 7 1/2 Uhr schon um 6 1/2 Uhr pünktlich beginnen, da um 8 Uhr eine wichtige Parteiverammlung stattfindet.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

7. Bezirk Charlottenburg. Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr im Rathaus, Sitzungszimmer I. Wichtige Parteiarbeiten mit den Parteimitgliedern.
21. Bezirk, Montag, den 8. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.
22. Bezirk, Dienstag, den 9. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.
23. Bezirk, Mittwoch, den 10. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.
24. Bezirk, Donnerstag, den 11. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.
25. Bezirk, Freitag, den 12. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.
26. Bezirk, Samstag, den 13. Oktober, von 8 Uhr ab holen die Parteimitglieder die Parteiarbeiten zu der morgigen Versammlung bei Frau, Unterwiesing Tempelhof, 2. Hof, 2. St., in Empfang zu nehmen.

Sport.

Krupkat slegt in Treptow.

Der gestrige Rennen der Treptower Bahn wies einen annehmbaren Besuch auf. Sollte das Wetter sich halten, so dürfte die Treptower Direktion diesen Renntag nicht wie geplant als „Rehr- aus“ gelten lassen, sondern noch einmal die Pforten der Bahn öf- fnen. Die Dauerrennen über 30 und 50 Kilometer gingen mit folgender Besetzung vor sich: Bauer, Krupkat, Corry (Amerita) und Refatti (Arabien). Im 30-Kilo- meter-Rennen slegte Krupkat in 27 Min. 54,1 Sek. vor Refatti (640), dessen Fahrweise lebhaft atklamiert wurde, Bauer (510) und Corry, der einen glanzvollen Versuch machte (4170 Meter zurück). In Rekordzeit gewann der „Lustige Franz“ auch den „Großen Herbstpreis“ über 50 Kilometer in 46 Min. 15,4 Sek. vor Bauer (510), Refatti (970) und Corry (9200 Meter zurück). Die Anhänger des Fliegensports sahen hübsche Kampfmomente. Im Hauptfahren qualifizierten sich für den Endlauf Kütt, Hahn, Bollen (England) und Spears (Australien), der im Endlauf auch als Sieger gegen Hahn, Kütt und Behrendt hervorging. Die Unplacierten des Hauptfahrens gaben sich dann im „Ab- schiedspreis“ über 3 Runden ein Stellbilden. Hier gewann Stabe vor Rünzner, Häusler und Behrendt. Im „Inter- nationalen 12-Runden-Punktfahren“, das vier Wertungen vorsah, belegte Kütt dreimal den 1. Platz und ging so im Gesamtergebnis mit 22 Punkten als Sieger gegen Bollen (11), Spears (10) und Hahn (7 Punkte) hervor. Ein „2-Runden- Handikap“ brachte den Sieg Hahns (20), der Stabe (15), Behrendt (35) und Häusler (40 Meter Vorgabe) hinter sich ließ.

Rennen zu Grünwald am Sonntag, den 4. Oktober.

1. Rennen. 1. Sigmar (Renzsch), 2. Rote, 3. Rutilis mutandis. Toto: 247:10. Platz: 46, 37, 19:10. Ferner liefen: Grise, Fochian, Calanosa, Dagen, Krauzinsel, Egel, Raetola, Jovia IV, Rutila, Diana.
2. Rennen. 1. Ledersbraun (Saber), 2. Manlius, 3. Malteser. Toto: 323:10. Platz: 57, 35, 33:10. Ferner liefen: Saragener, Falberg, Wöllner, Antomehon.
3. Rennen. 1. General Götter (Guignen), 2. Labrador, 3. Von Robert. Toto: 46:10. Platz: 30, 35:10. Ferner liefen: Rasthine, Gadiat, Baumare.
4. Rennen. 1. Seiger Karr (Gahnes), 2. Turda, 3. Kronos. Toto: 30:10. Platz: 15, 13:10. Ferner liefen: Rimmermaier, Fritz Stamm.
5. Rennen. 1. Belldorn (Warga), 2. Rutila, 3. Rutila. Toto: 16:10. Platz: 11, 13:10. Ferner liefen: Warduch, Roland.
6. Rennen. 1. Rom (Hilte), 1.7. Bortia (O'Neil), 3. Stollwedding. Toto: 30:10 (Rom), 70:10 (Bortia). Platz: 23, 33, 30:10. Ferner liefen: Holdecker, Rühlstein, Silberstein, Bajdos, Amel, Englan, Bernina, Gold German.
7. Rennen. 1. Ruffini (D. Schmidt), 2. Wnana, 3. Walter. Toto: 54:10. Platz: 23, 21, 42:10. Ferner liefen: Beil, Glabinger, Hamberg, Caracas, Raps, Haberia, Renor, Bürgerweber, Hellenquize, Gabaner.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Felix Salernus; Redaktion: R. D. Böhmer; Redaktion: Felix Salernus; Anzeigen: R. D. Böhmer; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Für Dich
Charell-Revue
Grosses Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr.
Parkett Mk. 5.— 3. Rang
Balcon Mk. 4.—
1. Rang Mk. 3.— 0.75
2. Rang Mk. 1.—
Logen u. Klambassel Mk. 7-12.
— Vorverkauf nur an der Kasse —
Nordend 2051.

WINTERGARTEN
Heute
Debut: Little Tich
der beste englische Exzentrik-Komiker,
sowie die
11 Oktober - Attraktionen.
Rauchen gestattet
Elite-Sänger
Katharinenstr. 3 - Tel. Npt. 140 71.
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm.
3 Uhr (zu halben Preisen)
u. a. Wandendes Glück
bzw. Winterfest am Rhein

Guter Schlaf
Ist das beste
Schlafmittel.
Wirkstoffe für Groß u. Klein, mit oder
ohne Anästhetikum, Chloroform, an
Pneumie, Bronchitis, Katarrh, etc.
Kleinstmengen sind
Kleinstmengen sind
Kleinstmengen sind

Reichshallen-Theater
Abend 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Sächsischer Sänger
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett!
Familien-Varieté.
Abend 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

Pickeln
Dermatologie
Habe ich durch Schmutzungen von
Lagerung, Reinigung
Schaubild
beständig. R. R. u. G. Tel. Npt. 140 71.
90% Verzicht. R. R. u. G. Tel. Npt. 140 71.
beständig. R. R. u. G. Tel. Npt. 140 71.
beständig. R. R. u. G. Tel. Npt. 140 71.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Handwerker
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plätschburg 983
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias
Ist das beste
Schlafmittel.
Wirkstoffe für Groß u. Klein, mit oder
ohne Anästhetikum, Chloroform, an
Pneumie, Bronchitis, Katarrh, etc.
Kleinstmengen sind
Kleinstmengen sind
Kleinstmengen sind

Die Verfassung des Deutschen Reiches?
Neu erschienen
mit Reichstagswahlgesetz
und Sachregister
Preis 35 Pfennig
Zu beziehen durch
alle „Vorwärts“-Ausgabestellen
sowie direkt vom Verlag
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Verkäufe
Kleinstmengen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung,
Reparatur-Werkstatt für alle Systeme
Emil Heberich G. m. b. H. Friedrich-
straße 10, Reichert 6208.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Gelegentlich, Gelegenheitsstücke in
Belmaren, große Auswahl, billige Preise,
Delhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Möbel
Kleinstmengen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung,
Reparatur-Werkstatt für alle Systeme
Emil Heberich G. m. b. H. Friedrich-
straße 10, Reichert 6208.

Musikinstrumente
Kleinstmengen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung,
Reparatur-Werkstatt für alle Systeme
Emil Heberich G. m. b. H. Friedrich-
straße 10, Reichert 6208.

Kaufgesuche
Kleinstmengen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung,
Reparatur-Werkstatt für alle Systeme
Emil Heberich G. m. b. H. Friedrich-
straße 10, Reichert 6208.

252. Preuss.-Südd. STAATSLOTTERIE
Ziehung I. Klasse am 16. u. 17. Oktob.
Jeden Monat eine Ziehung
400000 Lose mit 254000 Gewinnen
und 2 Prämien in 5 Klassen über
4500000
Höchstgewinn, Prämien u. Hauptgewinn:
2 Millionen
1 Million M.
2x **500000**
2x **500000**
2x **300000**
2x **200000**
10x **100000**
Anst. Plan gratis u. franko. Alle Lose-Nrn.
u. Gewinne werden wieder einzeln gezogen.
Ist jeder Klasse gleich
Ist alle 5 Klassen aus-
schließen... = 3 M. achsel... = 10 M.
Werte... = 6 M. Werte... = 30 M.
halbe... = 12 M. halbe... = 60 M.
ganze... = 24 M. ganze... = 120 M.
Original-Lose (Stamm-Nr. in jeder ge-
wünschten Mittelzahl) empfiehlt und ver-
wendet der Staat. Lotterie - Unternehmer
Friedr. Müller
Berlin C 19, Jägerstr. 10, gegenüber d. Leipziger Str.
Postcheck-Konto: Berlin 6128
Telegr.-Adresse: „Güldenmüller“